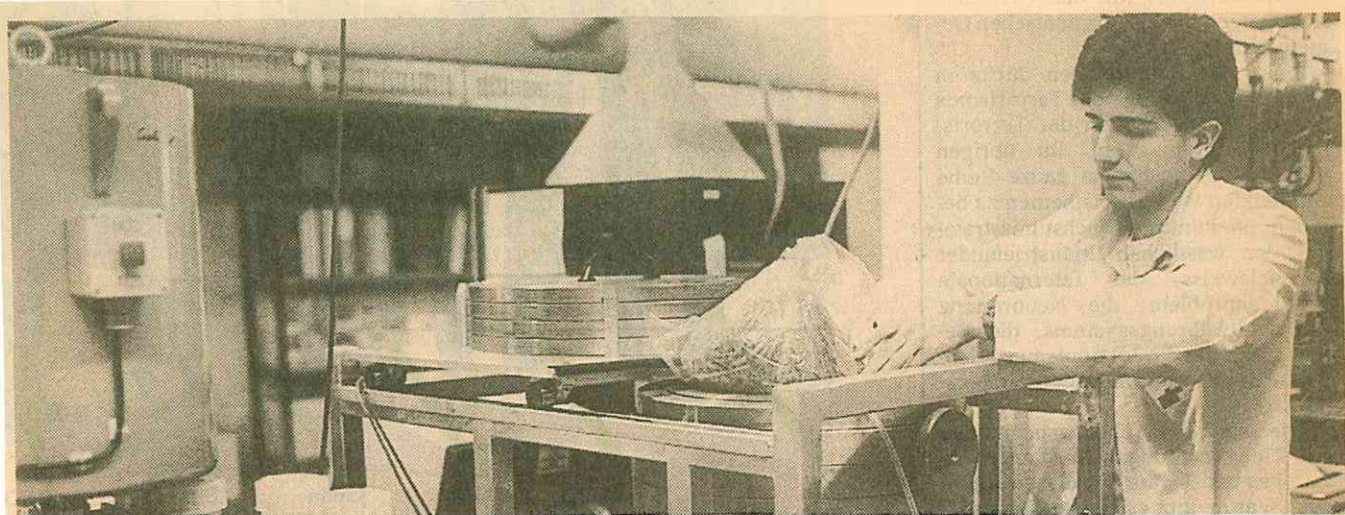




Frisch geschnittenes Gras wird am Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung in Würenlingen (AG) auf radioaktive Substanzen untersucht. (Bild Urs Siegenthaler)

Jetzt leicht radioaktive Milch

In der Schweiz vorläufig noch kein Alarm

Keine wesentliche Änderung bei der Umgebungsstrahlung gegenüber dem Vortag, aber neu nun auch der Nachweis von radioaktivem Iod in der Milch – das sind die wichtigsten Neuigkeiten zur Frage der Strahlenbelastung als Folge des sowjetischen Kernkraftwerkkunfalles in der Schweiz. Zur schnellen Erfassung und Verarbeitung der Daten ist am Freitag beim Nationalen Alarmzentrum in Zürich ein verstärktes Expertenteam zum Einsatz angetreten. Stagnierende oder sinkende Strahlenmengen werden aus der Sowjetunion und andern europäischen Ländern gemeldet.

■ VON HEIDI BLATTMANN, ZÜRICH

Die radioaktive Wolke vom Kernkraftwerk Tschernobyl in der Sowjetunion hat sich am Freitag erstmals auch auf das Tessin ausgewirkt. Die Südschweizer Werte sind aber niedriger als in der Nordostschweiz. In der Nordschweiz ist die Strahlung nach wie vor erhöht – eine markante Tendenz in Richtung höhere oder tiefere Werte gegenüber dem Vor-

tag war am Freitagabend nach Auskünften der Nationalen Alarmzentrale in Zürich (NAZ) nicht zu erkennen.

Im Zentrum des Interesses standen am Freitag beim NAZ jedoch die Resultate der in der ganzen Schweiz angeordneten Milchmessungen. Am Freitag war in jenen Milchproben, die von mit frischem Gras gefütterten Kühen stammten, bereits deutliche Spuren von radioaktivem Iod zu finden. Die höchsten Werte lagen am Abend – so die Informationen vom

NAZ – jedoch noch gut zehnmal tiefer als der Milchwert, den die NAZ für Kleinkinder als kritisch betrachtet.

Es könnte allerdings sein, dass die Werte in den kommenden Tagen noch ansteigen, da es eine Weile dauert, bis das Iod aus der Luft sich im Gras abgesetzt hat und dann von den Kühen aufgenommen ist. Sollten die Gehalte an radioaktivem Iod in der Milch in den für Kleinkinder kritischen Bereich kommen, sind entsprechende Massnahmen vom Bundesrat zu erwarten.

Zur Zeit arbeiten Strahlenexperten im gesamten Land sowie in der Nationalen Alarmzentrale in Zürich zum Teil fast rund um die Uhr, um möglichst viele Luft-, Gras- und Milchmessungen auszuwerten. Vorläufig liegen jedoch alle Werte unter den Dosen, die die Fachleute für besorgniserregend halten.

Tschernobyl: Hohe, aber sinkende Strahlung gemeldet

Moskau/Warschau. – Sechs Tage nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl hat die UdSSR laut Diplomatenangaben aus Moskau begonnen, Rat und Hilfe einzelner amerikanischer Experten auf dem Gebiete radioaktiver Verstrahlungsfahren in Anspruch zu nehmen. Noch am Donnerstag hatte die UdSSR versichert, aus eigener Kraft mit den Folgen fertig zu werden, und die Unterstützung westlicher Regierungen als unnötig bezeichnet.

Auch eine Woche nach dem schweren Unglück im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl können Menschen noch nicht die radioaktiv verseuchte Zone um das Werk betreten. Dies berichtete am Freitagabend der Moskauer KP-Chef Boris Jelzin in einem Interview der ARD-Tagesschau. Jelzin, der sich zum DKP-Parteitag in Hamburg aufhält, sagte, die Radioaktivität an der Unglücksstelle sei wesentlich gesunken, betrage aber im-

mer noch 200 Röntgen pro Stunde. Es würden Massnahmen getroffen, um das anhaltende Austreten von Radioaktivität zu verhindern. So würden von Hubschraubern Säcke mit Sand, Blei und Bor auf den verunglückten Reaktor abgeworfen. Wegen des Unglücks seien im Umkreis von 30 Kilometern die Bewohner evakuiert worden. Bestimmte Wasservorräte seien verstrahlt worden, nicht aber die Flüsse, sagte Jelzin.

In dem von der Radioaktivität zunächst stark betroffenen Polen, dessen Territorium etwa 500 Kilometer von Tschernobyl entfernt beginnt, gingen die Werte in der Luft seit Donnerstag zurück.

Die rumänischen Behörden haben wegen erhöhter radioaktiver Belastung am Freitag über das gesamte Land den Alarmzustand verhängt. Die Bevölkerung ist über die Medien am Nachmittag aufgerufen worden, vorläufig in den Häu-

sern zu bleiben und weitere Anweisungen abzuwarten. Zugleich sei vor dem Genuss von Brunnenwasser, Frischgemüse und Milch gewarnt worden.

Die DDR nannte erstmals erhöhte Messwerte von Radioaktivität als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl. In einer Mitteilung des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz in Ost-Berlin wurde versichert, dass gesundheitliche Gefährdungen nicht bestünden. Das DDR-Amt für Atomsicherheit erklärte in einer Mitteilung, in der Konzentration der Radioaktivität sei «eine Stabilisierung auf einem niedrigen Niveau» eingetreten.

Das italienische Gesundheitsministerium hat die Einfuhr von Tieren, Tier- und Pflanzenprodukten aus der Ukraine verboten.

(SDA/Reuter)

Tschernobyl – das grosse Versagen

■ VON PAUL L. WALSER

Am Ersten Mai 1986 standen in der UdSSR die roten Fahnen nicht auf Halbmast. Die Reaktor-Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl nördlich von Kiew wurde an den Maifeiern nach üblichem Muster total verdrängt; «GAU» (grösster anzunehmender Unfall) hatte keinen Platz in den bis ins letzte vorbereiteten und wie ein Uhrwerk ablaufenden Selbstdarstellungen der Macht, zu der auch die Atommacht gehört. Statt Aufnahmen vom Katastrophengelände wurden Fotos des traditionellen, «normalen» Maiumzugs in der ukrainischen Kapitale Kiew an die internationale Presse verteilt.

Aus den spärlichen Angaben von Regierungsseite konnten sich die Sowjetbürger, für die der Erste Mai vor allem eine mehrtägige Arbeitspause bedeutet, kein Bild von der tatsächlichen Lage machen. Wirkliche Information bleibt dort einstweilen eines jener raren Güter, die man nur auf dem «schwarzen Markt» – und auch da noch längst nicht mit Sicherheit – erwerben kann. Zum «schwarzen Markt» gehören in diesem Zusammenhang auch die erreichbaren ausländischen Radio- und Fernsehsender.

Die Praxis der permanenten Nachrichtensperre hat nicht nur sowjetische, sondern russische Tradition. Auch in der Zarenzeit waren «schlechte Nachrichten» unerwünscht; und wer solche unbequemen Meldungen verbreitet, gilt nicht erst seit dem Sieg der Bolschewiken als «Staatsfeind». Das ist auch einer der Gründe dafür, dass es in Russland seit jeher eine enorm hohe Zahl an «Geheimnisträgern» und enorm wenig zuverlässiges statistisches Material gegeben hat. Ein Ereignis gilt offiziell erst dann als solches, wenn es von der Parteiführung abgesegnet worden ist und dann den Weg in die amtliche Nachrichtenagentur Tass und ins Parteiblatt «Prawda» findet. Nicht erst jetzt mussten die Moskauer Behörden einen unbequemen Vorgang aufgrund des westlichen Informationsdrucks bekanntgeben: Etwa im Fall des Abschusses des südkoreanischen Jumbos durch sowjetische Abfangjäger über dem äussersten Osten der UdSSR vor 32 Monaten war es genau so.

Radioaktivität oder Information?

Die Informationsverhinderung, einfacher: die Nichtinformation, hat System. Ein System, das auf der Unmündigkeit der als Untertanen behandelten Staatsbürger gründet. «Es ist eine Situation, die angesichts der vorenthaltenen Information ganz besonders anachronistisch und absurd erscheint», schreibt die «Unità», das Organ der italienischen Kommunisten. Während das Dach des Reaktors von Tschernobyl aufgerissen wurde, hielt das geschlossene System

der Nachrichtensperre dicht. Was ist schädlicher, Radioaktivität oder Information? Die sowjetischen Behörden scheinen fürs Zweite zu plädieren.

Drastisch kam die wirklich unzeitgemässe und menschenverachtende Nichtinformation durch den Gegensatz des Verhaltens der andern, westlich der UdSSR gelegenen Länder zum Ausdruck – dabei denke ich nicht in erster Linie an Schweden oder Österreich, sondern an Polen, das unverzüglich eine grosse Aufklärungskampagne in seinen Medien startete und vorsorgliche Massnahmen anordnete. Dass dann bei den Maiumzügen auch in den polnischen Städten dem Moskauer Vorbild nachgelebt wurde, zeigte die Kompromisslinie, zu der die Warschauer Regierung eben gezwungen ist. Aber die sehr moderne und rasche Bildschirminformation über die radioaktive Gefahr sprach eine deutliche und sicher auch in der Ukraine verstandene Sprache. Und offenbarte den Gegensatz zweier Kulturen nicht minder als die Beiträge der westlichen Sender.

Gorbatschows erste schwere Niederlage

Für den auf internationale Publicity bedachte sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow ist das grosse Versagen von Tschernobyl die erste schwere Niederlage seit seinem Amtsantritt vor gut einem Jahr. Die hartnäckige Nichtinformation strafft jene rhetorischen Versprechen auf mehr Öffentlichkeitsarbeit und mehr Transparenz, die in den letzten Monaten bekannt wurden, Lügen. Die Auswechslung einiger Funktionäre im Riesenapparat genügt zur Schaffung einer Informationskultur, die die Öffnung und damit eine wahre «radikale Reform» des Systems voraussetzt, eben nicht.

Der Kreml ist selber schuld, dass anti-sowjetische Vorurteile jetzt wieder kräftig angeheizt worden sind. Aber der Westen würde es sich zu leicht machen, wenn er bei den Vorurteilen und dem Verweis auf die besseren eigenen Sicherheitsvorkehrungen stehenbliebe. Die grundsätzlichen Fragen der Atomenergie sind durch das Versagen von Tschernobyl jäh weltweit neu aufgerollt worden – zu einem Zeitpunkt, da die Kritik an den Kernkraftwerken (dort, wo sie möglich ist) deutlich abgeflaut ist.

«Die Dimension des Problems der Reaktorsicherheit und der Entsorgung ist nicht zuerst von den Kernenergiekritikern, sondern von den Sicherheitsfachleuten der Kerntechnik Schritt für Schritt aufgedeckt worden. Die Anerkennung dieses Verdienstes überhebt uns aber nicht der Erkenntnis, dass einige Grundfragen ungelöst sind. Wie muss der Umgang mit Plutonium in einer Gesellschaft gesichert sein, in der es Terrorismus gibt? Hat man jemals ernstlich den Schutz der Kernenergieanlagen gegen Kriegseinwirkung durchdacht? Und wer ist leichtsinnig ge-

nug zu glauben, dort, wo ein Reaktor, eine Wiederaufarbeitungsanlage oder eine Endlagerung steht, werde nie mehr ein Krieg stattfinden?» Dies schreibt und fragt der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker im Vorwort des neuen Buchs von Klaus Michael Meyer-Abich und Bertram Schefold («Die Grenzen der Atomwirtschaft»), das rechtzeitig zur Katastrophe in der Ukraine herausgekommen ist (Verlag C. H. Beck, München).

Die Situation Westeuropas

Tschernobyl hat den Konflikt zwischen Reagan und Kathafi aus den Schlagzeilen verdrängt und gleichzeitig erneut den Unterschied zwischen amerikanischer und westeuropäischer Haltung aufgezeigt: Wiederum reagierte Westeuropa sachlicher, weniger laut als die USA, weil es wiederum viel näher am Konfliktherd liegt und mit dieser Lage zurechtkommen muss.

Dass Aufnahmen von US-Spionagesatelliten die fehlende Information von sowjetischer Seite «ersetzen» mussten, verdeutlicht die alarmierende Situation unmissverständlich. Wir befinden uns nach wie vor im Bannkreis jenes neuen kalten Kriegs, der Ende der siebziger Jahre mit dem Nato-Doppelbeschluss und der sowjetischen Afghanistan-Invasion eingesetzt hat. Als Ausweg aus der Sackgasse bietet sich – wie dies am Genfer Gipfel im letzten November wenigstens ansatzweise ersichtlich wurde – die Rückkehr zu einer umsichtigen und beharrlichen Entspannungspolitik an.

Nur dadurch, dass der Westen die Offenheit seines Systems auch über die östliche Grenze spielen lässt, ist ein wirklicher Dialog und damit allmählich eine Öffnung der Gegenseite möglich. Und wohl nur auf diese Weise liesse sich mit der Zeit in der UdSSR das Abenteuer einer Information der Öffentlichkeit verwirklichen, die diesen Namen verdient. Auch wenn ein solcher Gedanke ins Reich der Utopie gehört, wird dadurch die Entspannungspolitik nicht abgewertet, die für Westeuropa nicht zuletzt auch eine Politik der eigenen Sicherheit ist und die in Sachen Atomenergie und andere Hochtechnologie besonders gefährliche Abriegelung der östlichen Supermacht abbauen könnte.

Auf den Ersten Mai folgt jetzt in der UdSSR das Osterfest, das die orthodoxen Gläubigen – wie in Griechenland – nach dem alten Kalender heuer am ersten Maisonntag feiern. Diese Feier geht nicht im Paraderahmen über die Bühne, sondern findet in intimer Häuslichkeit statt. Es könnte sein, dass sich bei dieser Gelegenheit eine gewisse Korrektur zu den offiziellen Mai-Parolen ergibt, im engen Familienkreis und in der Besorgnis des einzelnen, eben vielleicht doch nicht so unmündigen Bürgers, in der «Ära nach Tschernobyl».

BRD: Unklarheit über mögliche Auswirkungen

Von «unbedenklich» bis «Katastrophengrenze» reichten am Freitag die Vokabeln, mit denen die bundesdeutschen Behörden die möglichen Auswirkungen der sowjetischen Reaktorkatastrophe auf die BRD bewertet haben. Auch über die Konsequenzen gab es weit auseinanderliegende Ansichten in den Bundesländern. Die Behörden gaben Ratschläge, die von «Gemüse sorgfältig waschen» und «keine Frischmilch trinken» über «Kühe nicht auf die Weide lassen» bis zu «Kinder dürfen im Freien spielen» auseinanderklaffen. Auch in der Darstellung der Messwerte sorgte die Verwendung verschiedener Einheiten für Verunsicherung. Dagegen wurde übereinstimmend vor unkontrollierter Einnahme von Jodtabletten gewarnt.

Frankfurt. – Erstmals wurde am Freitag im Westen und Norden des Bundesgebiets wachsende Radioaktivität gemessen. Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach wies am Nachmittag allerdings nur noch die Messstation auf der ostfriesischen Insel Nordney weiter steigende Werte auf. Dort lag die Strahlenbelastung der bodennahen Luft um 15.00 Uhr um das 17fache über den normalen Werten. Der Meteorologe Tillmann Mohr führte das darauf zurück, dass die belasteten Luftmassen vom Ruhrgebiet in nördliche Richtung gezogen seien. Es sei ein weiteres Drehen der Winde von Osten auf Süden zu erwarten, sagte er.

Als Folge des Unglücks ist in Teilen der Bundesrepublik in den nächsten Tagen mit einem Verbot des Verkaufs frischer Milch zu rechnen. Der Leiter der Strahlen-

schutzkommission, Professor Erich Oberhausen, erklärte vor Journalisten, dass aus Gründen der Vorsorge gegen mögliche gesundheitliche Spätschäden sinnvolle Massnahmen zur Vermeidung der Aufnahme des radioaktiven Jod 131 ergriffen werden sollten, da sich dieser Stoff in der Schilddrüse anreichere.

An der deutsch-deutschen Grenze bei Herleshausen haben bundesdeutsche Behörden nach dem sowjetischen Reaktorunfall bis Freitagnachmittag rund 40 Last- und einige Personenzüge aus Ostblockländern festgehalten, an denen eine erhöhte radioaktive Belastung gemessen wurde. Über die weitere Behandlung der Fahrzeuge bestand zunächst keine Klarheit. An drei schwedischen Güterwagen eines Zuges aus der DDR wurden am Morgen in Bebra ebenfalls radioaktive Belastungen gemessen. (AP)

Ein Russe im US-Kongress

■ VON TONI LIENHARD, WASHINGTON

Im Bestreben, sich Klarheit über die KKW-Katastrophe von Tschernobyl zu verschaffen, setzte der Unterausschuss für Energie und Handel des US-Kongresses am Donnerstag ein Hearing mit Experten an. Ein Assistent des Ausschuss-Vorsitzenden Edward Markey (Demokrat aus Massachusetts) hatte die Idee, am besten könnte eventuell ein Vertreter der sowjetischen Botschaft Auskunft geben. Also telefonierte er der Botschaft und meldete seinen Wunsch an. Zur allgemeinen Überraschung reagierten die Sowjets positiv, und so erschien am Donnerstag, 1. Mai, um 13.30 Uhr der 34-jährige Zweite Sekretär der Sowjetischen Botschaft, Vitali Churkin, im US-Kongress.

Die rund einstündige Befragung des Russen ergab keine wesentlichen Neuigkeiten. Auf die forsch formulierte erste Frage von Markey, warum die Sowjets so karg informiert hätten und wie die Situation denn jetzt sei, antwortete Churkin, die Sowjetunion habe ihre Verantwortung erfüllt und andere Staaten informiert. «Das war ganz klar ein Unfall, der noch nicht vorüber ist, und der theoretisch eine Bedrohung für Leute ausserhalb der Sowjetunion darstellt. Wir sind immer noch dabei, die Situa-

tion in den Griff zu bekommen, wir haben anderen Staaten noch nicht mitgeteilt, alles sei wieder okay.» Als dann Markey nachstieß mit der Frage, warum die Sowjetregierung das eigene Volk nicht informiert habe, meinte Churkin: «Für die Leute, die vom Unfall betroffen wurden, ist bestens gesorgt, und wenn sie irgendwelche medizinischen Probleme haben, werden sie nicht einmal für ihre Arztrechnungen zu zahlen haben.»

Churkin wehrte sich dann gegen den forschenden Ton: Wenn die USA auf Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hoffen, müsse sie «solchen Kommandoton aufgeben». Er betonte, Diplomaten zu sein und nicht Nuklearexperte, und antwortete auf die Frage, wie er «in den Worten eines Laien» die Ursache der Katastrophe beschreiben würde, mit der Gegenfrage: «Könnten Sie mir in den Worten eines Laien die Ursache der Challenger-Explosion beschreiben?» Auf die Frage, ob die Sowjetunion nun viel Schaden für ihre Weizenexporte erwarten und damit mehr US-Weizen werde kaufen müssen, meinte Churkin: «Ich nehme an, dass Sie diese Frage nicht nur aus humanitären Erwägungen heraus stellen.» Darauf Markey: «Wir leben hier in einem kapitalistischen Land.» Und Churkin: «Das ist mir sehr bewusst.»

Zurzeit geht es bei der Nationalen Alarmzentrale in Zürich, einem Organ der eidgenössischen Kommission für AC-Schutz, hektisch zu. Seit dem Eintreffen von Meldungen über eine Kernkraftwerkskatastrophe im sowjetischen Reaktor Tschernobyl im Einsatz, arbeitet sie seit Freitag mit einem erweiterten Stab von Fachleuten. Laufend werden hier Radioaktivitätsmessungen aus der ganzen Schweiz verarbeitet. Aufgrund dieser Daten wird dann vom Bundesrat in Bern entschieden werden, ob auch die Schweizer Bevölkerung Massnahmen zu ihrem Schutze vor einer Belastung durch die radioaktive Wolke von Tschernobyl treffen muss.

■ VON HEIDI BLATTMANN

Seit Donnerstagnachmittag ist Strahlenschutz-Chefkontrolleur Hans Koch vom Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen unterwegs. Nur gerade zwei Stunden hat er vom 1. auf den 2. Mai geschlafen. Erst war er in der Ostschweiz im Einsatz, am Freitagnachmittag ging's dann zusammen mit seinen zwei Assistenten über Bözberg und Fricktal Richtung Liestal. An genau vorgeschriebenen Stellen – von der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) in Zürich festgelegt – nahmen die drei Strahlenschutzleute Proben von frischem Gras und frisch gemolkener Milch, die sie später zur Analyse ins Radioanalytik-Labor der Strahlenüberwachung am EIR zurückbrachten. Dort wurden die Proben auf ihren Gehalt an verschiedenen radioaktiven Substanzen, sogenannten Gammastrahlern, hin untersucht.

Zudem wurde mit einem Druckluftgerät ein halber Kubikmeter Umgebungsluft durch einen Aktivkohlefilter gesogen. Die Analyse dieses Filters im Labor erlaubt dann die Bestimmung der radioaktiven Substanzen sowie deren Konzentrationen – insbesondere auch des leichtflüchtigen Jodes – die in der Luft auf diesem Punkt der Landkarte enthalten sind. Schliesslich wird von der Equipe noch direkt an Ort mit einem sogenannten Gamma-Dosimeter die Gesamtstrahlung in der Luft rund ein Meter über Boden gemessen. Auf dem Bözberg waren es rund 35 Millionstel Röntgen (Röntgen hier etwa gleichbedeutend mit Rem) pro Stunde statt den üblichen 10. Und das Gras – so zeigte eine erste Messung später im EIR – enthielt auf dem Bözberg 160 Milliardenstel Curie radioaktives Jod-131 und 100 Milliardenstel radioaktives Jod-132 pro Kilogramm, ein Wert, der im Bereich der höchsten bis jetzt eingetroffenen Messdaten liegt.

Die Milch als Gradmesser

Radioaktives Jod steht zurzeit nämlich in der Schweiz im Zentrum des Interesses. Solch radioaktives Jod wird durch das Einatmen von Luft, vor allem aber auch, wenn es sich im Freien auf Pflanzen absetzt, als Nahrung in den Körper eingenommen und reichert sich in der Schilddrüse an. Bei entsprechenden Radioaktivitätsdosen, die eingenommen werden, kann dies für den Menschen zu einer erheblichen Strahlenbelastung führen. Erhöhte Aufmerksamkeit richtet man auf die Nahrungskette Gras – Kuh – Milch. Kleinkinder sind nämlich besonders empfindlich auf radioaktive Strahlung und sie trinken besonders viel Milch. Hier könnten deshalb relativ schnell Strahlenbelastungen erreicht werden, die nicht mehr als harmlos einzustufen sind.

Die NAZ in Zürich hat daher dafür gesorgt, dass zurzeit in der gesamten



Mit einem Druckluftgerät wird Luft durch einen Filter angesaugt.

Schweiz Radioaktivitätsmessungen gemacht werden. Die Daten dieser Messungen werden in diesen Tagen ständig an die NAZ übermittelt und dort per Computer ausgewertet. Anhand dieser Daten und der aufgrund von Abschätzungen daraus zu erwartenden Radioaktivitätsdosen stellt dann die Kommission für AC-Schutz dem Bundesrat Antrag für Massnahmen. Das könnte zum Beispiel ein Verbot sein für Frischmilch von Kühen, die mit Gras aus dem Freien gefüttert wurden.

In Zürich laufen
die «radioaktiven» Daten zusammen

Feingefächertes Datennetz

Die Daten, die bei der NAZ in Zürich eintreffen, stammen zum Teil aus dem sogenannten NADAM-Netz, einem sich noch im Ausbau befindenden Netz von bis heute 12 automatischen Messstationen, vor allem in der West- und Zentralschweiz. Diese Stationen liefern alle 10 Minuten Werte über die Radioaktivität über dem Boden. Daneben kommen auch Daten aus verschiedenen Vertragslabors, zum Beispiel dem Labor der Kommission für die Überwachung der Radioaktivität in Freiburg und der EAWAG in Dübendorf. Schliesslich hat die NAZ auch verschiedene Fachorganisationen damit beauftragt, mit Messequipen auf bestimmten Linien quer durch die Schweiz alle 20 Kilometer Aktivitätsmessungen zu machen sowie Proben von Luft, Gras und zum Teil Gemüse sowie Milch zu nehmen und diese entsprechend zu analysieren. Auch diese Daten werden dann an die NAZ weitergegeben. Hans Koch und seine Gruppe, die wir auf dem Bözberg beobachtet haben, stellen eine solche Messequipe dar.

Laut NAZ-Informationen hat man sich bei der Kommission für AC-Schutz zum Ziel gesetzt, die zusätzliche Strahlenbelastung, welche die Tschernobyl-Katastrophe für die Schweizer Bevölkerung über die Nahrungskette bringt, nicht über eine Gesamtkörperdosis von einem halben Rem steigen zu lassen. (Laut Fachleuten schätzt man heute, dass eine Gesamtkörperdosis von einem halben Rem für die betroffenen Personen ein zusätzliches Krebsrisiko von ungefähr eins zu 20 000 mit sich bringt – genau kann das allerdings niemand sagen.)

Zehnmal tiefer als kritische Werte

Da die grösste Strahlenbelastung bei uns in der Schweiz zur Zeit vor allem vom radioaktiven Jod zu erwarten ist, und das insbesondere durch den Milchkonsum, hat man bei der NAZ Abschätzungen gemacht, wie hoch die Jodradioaktivität in der Milch steigen darf, ohne dass diese Grenze überschritten wird. Rechnet man bei einem Erwachsenen – so die Rechnungsgrundlagen der NAZ – mit einem Milchkonsum von einem halben Liter pro Tag, so darf die Jodaktivität höchstens ein Millionstel Curie pro Liter betragen. Milch, die von Kleinkindern getrunken wird, hat noch weniger kontaminiert zu sein. Bei einem täglichen Milchkonsum von 0,7 Liter pro Tag darf ein Liter höchstens ein Zehnmillionstel Curie radioaktives Jod enthalten. Die Messwerte der Milchproben, die bei der NAZ eintreffen, werden die Grundlage für allfällige Massnahmen bilden. Wenn sie in die Nähe dieser Zehnmillionstel Curie pro Liter kommen, ist mit Massnahmen zur Eindämmung des Konsums von Milch zu rechnen, die von mit frischem Gras gefütterten Kühen stammt. Beim Gemüse kann bereits ein gründliches Abwaschen die von Menschen eingenommene Dosis erheblich reduzieren. Am Freitagabend waren die höchsten gemessenen Milchradioaktivitäten noch etwas unter einem Hundertmillionstel Curie pro Liter, also noch ziemlich tiefer als die kritischen Werte.



Mit einem Gammadosimeter registriert man die direkte Umgebungsstrahlung.

Alarmsystem für 13 Zürcher Gemeinden

Im Kanton Zürich steht zwar kein Kernkraftwerk, aber 13 der 171 Zürcher Gemeinden liegen in der Gefahrenzone 2, sind also weniger als 20 Kilometer von einem Kernkraftwerk entfernt. Für diese 13 Gemeinden wurde ein Alarmsystem eingerichtet. Das übrige Kantonsgebiet samt der Stadt Zürich liegt in der Zone 3: Hier soll keine direkte Gefährdung für Mensch und Tier entstehen.

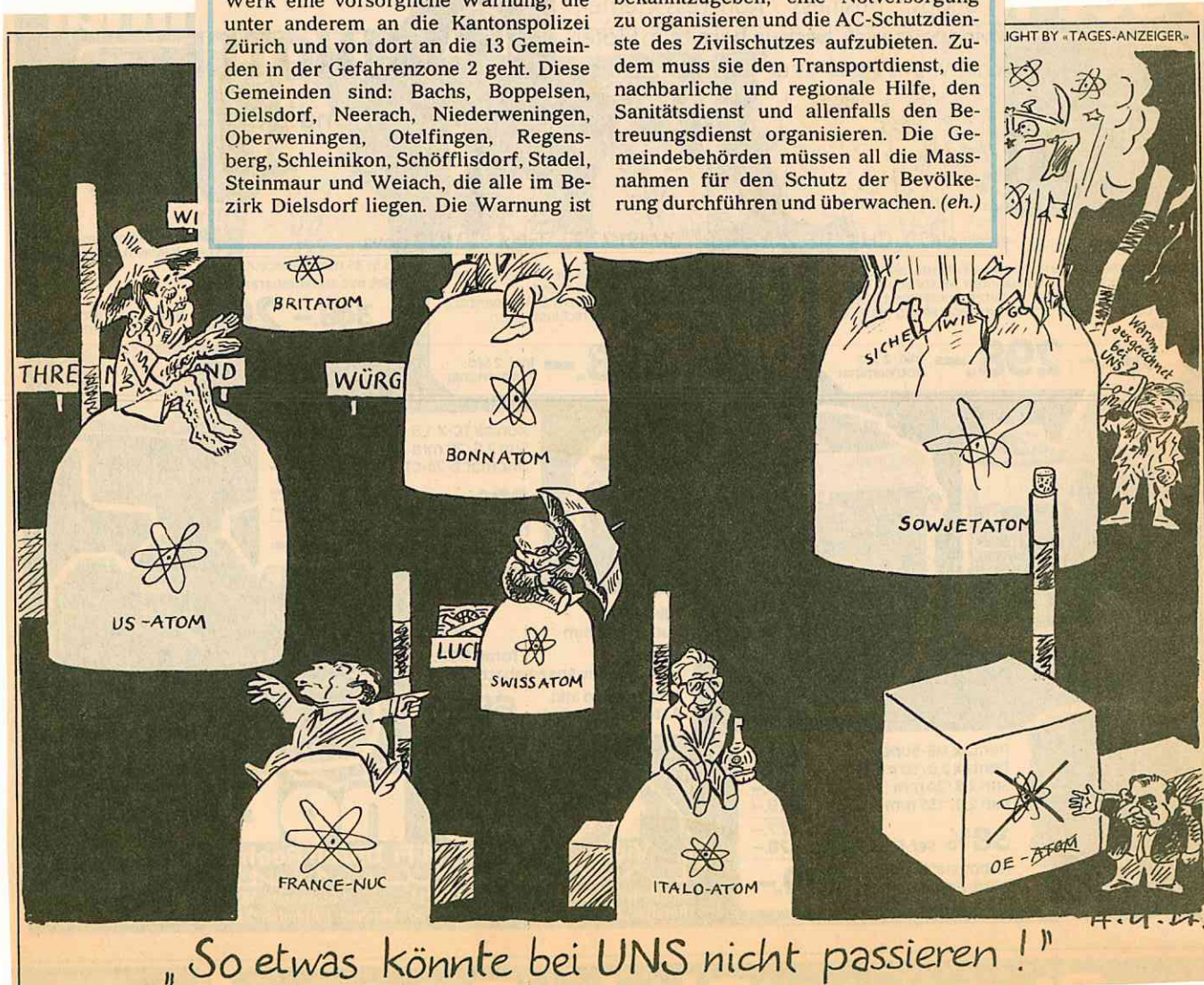
Wenn in einem schweizerischen Kernkraftwerk ein Unfall passiert, was ist dann im Kanton Zürich vorbereitet? Wie Walter Peier, Leiter der Abteilung Schutzorganisationen im kantonalen Amt für Zivilschutz, erklärt, hat der Kanton für solche Fälle eine Alarmorganisation geschaffen. Darüber wurden die Behörden der 13 Unterländer Gemeinden in der Gefahrenzone 2 im November 1981 orientiert. Die Bevölkerung dieser Gemeinden erhielt eine Informationsschrift. Und das ist im kantonalen Alarmsystem vorgesehen:

Wenn nach einem Unfall in Beznau oder Leibstadt noch keine Gefahr für die Umgebung besteht, erlässt das Werk eine vorsorgliche Warnung, die unter anderem an die Kantonspolizei Zürich und von dort an die 13 Gemeinden in der Gefahrenzone 2 geht. Diese Gemeinden sind: Bachs, Boppelsen, Dielsdorf, Neerach, Niederweningen, Oberweningen, Otelfingen, Regensberg, Schleinitikon, Schöffliisdorf, Stadel, Steinmaur und Wiach, die alle im Bezirk Dielsdorf liegen. Die Warnung ist

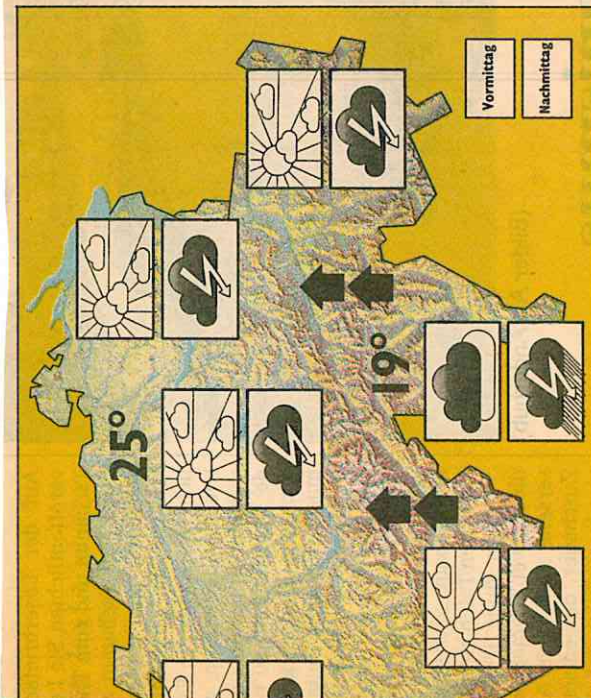
für die Behörden bestimmt und soll lediglich die Einsatzbereitschaft sicherstellen.

Wenn mit Austritt von Radioaktivität in die Umgebung gerechnet werden muss, wird die Bevölkerung laut Konzept mit Sirenen alarmiert (an- und abschwellender Heulton von 1 Minute) und dann über Radio DRS über die zu treffenden Massnahmen orientiert. Wenn tatsächlich radioaktive Gase und Stoffe in die Umgebung austreten, wird Strahlenalarm mittels Sirenen ausgelöst: ein unterbrochener an- und abschwellender Heulton von 2 Minuten. Im Telefonbuch steht, was das bedeutet: «Gefährdung steht unmittelbar bevor. Türen und Fenster schliessen. Sofort nächstgelegenen Schutzraum oder Keller aufsuchen. Transistorradio mitnehmen und weitere Anweisungen befolgen.»

Die wichtigsten Massnahmen werden dann vom Bund angeordnet, und zwar auf Antrag von Alarmausschuss und Überwachungszentrale der Eidgenössischen Kommission für Überwachung der Radioaktivität. Lediglich ergänzend und in Zusammenarbeit mit diesen Stellen hat im Kanton Zürich die Regierung unter anderem Verhaltensmassnahmen bekanntzugeben, eine Notversorgung zu organisieren und die AC-Schutzdienste des Zivilschutzes aufzubieten. Zudem muss sie den Transportdienst, die nachbarliche und regionale Hilfe, den Sanitätsdienst und allenfalls den Betreuungsdienst organisieren. Die Gemeindebehörden müssen all die Massnahmen für den Schutz der Bevölkerung durchführen und überwachen. (eh.)



„So etwas könnte bei UNS nicht passieren!“



PROGNOSEN

istagabend

ziemlich sonnig. Zeiter und am Abend einmöglich. Temperaturen

id östliche Landesteileubünden:

ss ebenfalls ziemlich e Wolkenfelder, am eine Schauer oder Gehen Alpenkamm allmähübergreifende Niederren um 25 Grad. Nullm. In den Bergenwind, in den Alpentätschweiz:

Am Vormittag zeitweise sonnig, am Nachmittag einige Regenschauer und Gewitter. Temperaturen um 23 Grad.

Alpensüdseite:

Meist bewölkt. Regenschauer und zum Teil kräftige Gewitter.

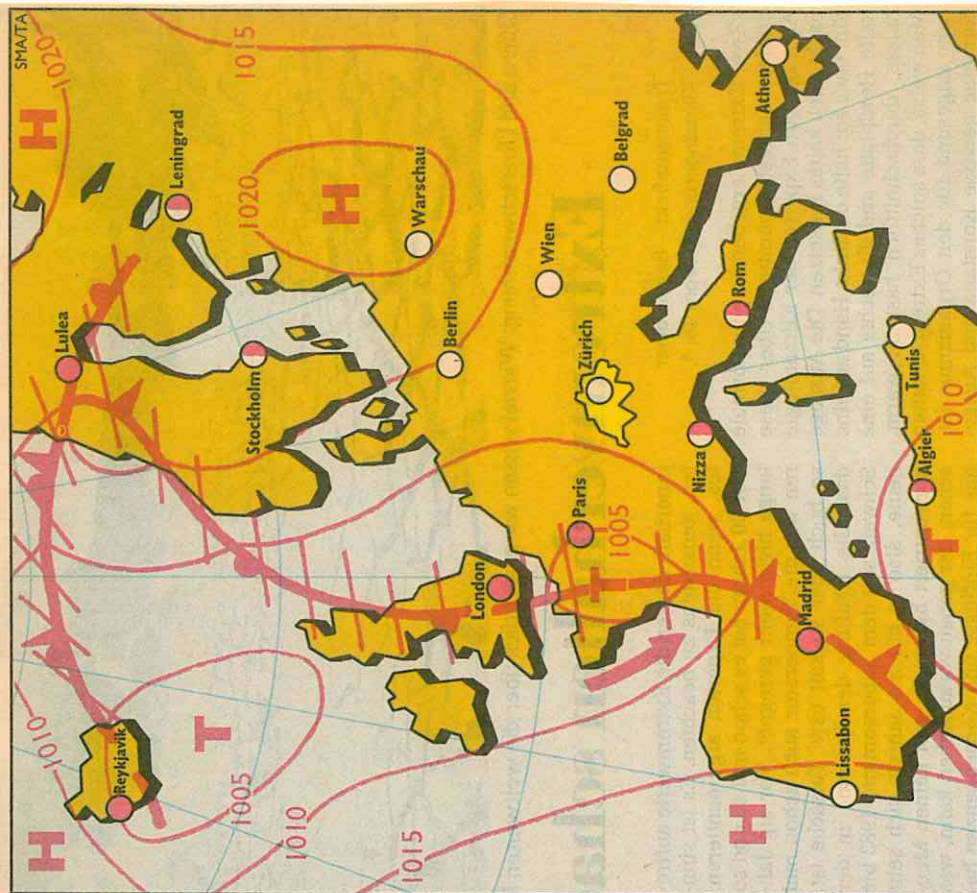
AUSSICHTEN bis Mittwoch

Nun zur Wetterentwicklung für die kommenden Tage: Das Hoch mit Zentrum über Ostdeutschland zieht nordostwärts ab. Im Raum Iberische Halbinsel-Biskaya-England entwickelt sich ein größeres Tief, das sich in der Folge aber nur noch geringfügig nach Osten verlagert. Es verursacht über Mitteleuropa zuerst eine eher schwache, ab Sonntag dann mässige bis starke Süd- bis Südwestströmung. Bereits jetzt ist in der Höhe über

der West- und Südschweiz etwas feuchtere Luft vorhanden, so dass dort eine mässige Neigung zu Regenschauern oder Gewittern besteht. Im Wallis sowie den zentralen und östlichen Landesteilen wird es föhnig und sehr warm, die Maximaltemperaturen werden Samstag und Sonntag zum Teil 25 Grad übersteigen. Bereits heute Freitag wurden in Basel 24,7 und in Glarus 23,2 Grad gemessen. Für das Wochenende kann man also in den vom Föhn beeinflussten Regionen am optimistischsten sein. Einschränkend muss man allerdings festhalten, dass hier trotz des Föhns zunächst ein kleines, in der zweiten Hälfte des Sonntags oder in der Nacht auf Montag dann ein bereits recht grosses Risiko für Regenschauer oder einzelne Gewitter besteht. Die westlichen und nordwestlichen Regionen profitieren weniger vom Föhn, hier wird das Wetter sehr veränderlich sein mit recht häufigen gewitterartigen Schauern. Die Alpensüdseite und auch der Alpenhauptkamm bleiben ohne Sonne, am Samstag ist zeitweise, am Sonntag Dauerregen zu erwarten.

Montag bis Mittwoch ändert sich wenig. Mit der anhaltenden Südströmung werden weitere Staffeln feuchtmilder Meeresluft gegen unser Land geführt. Für den Westen bedeutet das zeitweise Regen, für den Süden länger anhaltende und zum Teil vermutlich wieder ergiebige Niederschläge. Die Temperaturen werden zwischen 10 und 15 Grad liegen. Im Osten geht der Kampf zwischen dem Föhn und der feuchteren Luft im Südwesten weiter. Eine kräftigere Staffel mit Regenschauern und Gewittern könnte hier vor allem zwischen etwa Montag nachmittag und Dienstag nachmittag wirksam sein. Die Tageshöchsttemperaturen dürften je nach Föhnauflösungen zwischen 14 und 20 Grad schwanken.

(SMA)



Prognosen für Samstag, 3. Mai 1986, 13.00 Uhr

